



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/152

4. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Primat der Politik - aber welcher? (Adenauer und der Schuman-Plan)	S.1
Und die deutschen Staatsgelder? (Ber.eines Südamerika-Rückkehrers)	S.3
Neue Wege der Jugend (Zur Hauptversammlung der dtsh.Städte)	S.4
Beschränkte Redezeit - (Eine Antwort)	S.6

Primat der Politik - aber welcher?

RAP. Es heisst, der Bundeskanzler habe den entschiedenen Willen zur Verwirklichung der Montan-Union zwischen Deutschland und Frankreich - auch um den Preis "wirtschaftlicher Opfer". In einer Rede vor dem Aussenpolitischen Ausschuss des Bundestages soll Dr. Adenauer betont haben, dass die Neigung zur Verwirklichung des sogenannten Schuman-Planes durch die jüngste Entwicklung in der Weltpolitik - lies: Korea - verstärkt worden sei.

Bekanntlich war es die SPD, die zuerst verlangt hatte, dass die Verhandlungen über den Vorschlag des französischen Aussenministers von Politikern geführt werden müssten. Trotzdem wurden von Herrn Adenauer zunächst die sogenannten Experten ernannt. Ist er jetzt - wie mehrmals vorher - auf die Linie der Opposition gefallen?

Was Dr. Schumacher auf dem Parteitag in Hamburg forderte, war sicher das Gegenteil einer Panikstimmung, die zu Angeboten wirtschaftlicher Opfer just in dem Augenblick verleitet, in dem in London über die Revision der Deutschlandpolitik zwischen den Alliierten beraten wird. Im übrigen kann man nicht "opfern", was man nicht besitzt. Die Einladung zum Kuhhandel ist demnach denkbar ungeschickt, sowohl was die Sache selbst und was die Wahl des Zeitpunktes betrifft.

Es fällt jedoch schwer, an Ungeschicklichkeit zu glauben. Ist man doch beflissen gewesen, die Auswahl der Wirtschaftsexperten für Paris

gerade aus den Kreisen der Vertreter alter Konzerninteressen zu treffen. Die "wirtschaftlichen Opfer" aber könnten kaum in etwas anderem als im Verzicht auf die Erhöhung der deutschen Stahlquote und in einem Entgegenkommen bezüglich des Kohlepreises bestehen. Sollte die Bereitschaft zu solchen Opfern bedeuten, dass die Vertreter der Konzerninteressen die Hoffnung auf die Wiedergewinnung alten Besitzes aufgegeben haben und ihnen deshalb ein Verzicht leicht fällt? Auch das ist schwer zu glauben.

Die "wirtschaftlichen Opfer" werden mit dem Hinweis auf die weltpolitische Entwicklung angeboten; sind sie der hier vermuteten Art, dann müssen sie den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Westdeutschlands gefährden und damit die innenpolitische Konsolidierung im Sinne einer demokratischen Entwicklung. Die nationale Frage, so hat Dr. Schumacher erst in diesen Tagen wieder im schleswi-holsteinischen Wahlkampf betont, ist in Deutschland die soziale Frage. Die Lösung der sozialen Frage ist jedoch unlöslich an die Demokratie gebunden. Eine Radikalisierung nach rechts oder nach links, die im Gefolge einer noch stärkeren Verzögerung des westdeutschen Wiederaufbaues auftreten wird, bedeute nicht nur die Verschärfung respektive die Nichtlösung der sozialen Frage, sondern sie wird auch die weltpolitische Entwicklung in einer so verderblichen Weise beeinflussen, wie die Entwicklung in Korea bei all ihrer Ernsthaftigkeit gar nicht tun kann.

Die kleine Gruppe der Klopffechter einer fremden Macht, die sich in Westdeutschland KPD nennt, ist in der Selbstauflösung begriffen - die jüngsten Wahlen in Nordrhein-Westfalen haben auch die Absage der Wähler an den Rechtsradikalismus gezeigt. Will Dr. Adenauer die sichtbaren Anfänge einer Festigung der Demokratie in Westdeutschland dem Schemen einer "weltpolitischen Entwicklung" opfern, indem er wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Positionen aufgibt, die es im Gegenteil zu erringen gilt? Das hiesse Westdeutschland und mit diesem Westeuropa für die "pacific penetration" des östlichen Giganten reif machen. Das will Dr. Adenauer ganz sicher nicht, aber er muss die Gefahr doch sehen.

Man hat das unbehagliche Gefühl, dass einer im Kreis der Pokerspieler eine Karte zum Auswechseln im Rockärmel verbirgt.

Und die deutschen Staatsgelder?

P.H. Aus Brasilien kommt die Nachricht, die dortige Regierung beabsichtige, die deutschen Privatguthaben, die während des Krieges als Besitz "feindlicher Ausländer" beschlagnahmt waren, freizugeben. In anderen Ländern, so in Chile, gibt man schon Deutschen, soweit sie sich verpflichten, im Lande zu wohnen und ihr Geld dort arbeiten zu lassen, ihre Vorkriegsguthaben zurück. Diese Entwicklung soll als Freundlichkeit der südamerikanischen Staaten nur begrüsst werden. Sie lässt aber sofort die Frage entstehen, was denn mit den deutschen Staatsgeldern in den anderen Staaten wird, aber auch mit denjenigen Beträgen schlechthin, die "Treuhändern" überlassen wurden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Hitlers Aussenminister Ribbentrop glaubte, Chile, Argentinien und Peru würden im Kriege zumindest neutral bleiben. Im Banne dieser Illusion machte Hitler-Deutschland seit 1939, wahrscheinlich sogar schon früher, die deutschen Gesandtschaften jener Staaten zu Zentren der Spionage und Gegenspionage auf dem amerikanischen Kontinent. Darüber hinaus erwog man, Ausgangspunkte für deutsche Luftangriffe auf USA und den Panamakanal in Südamerika anzulegen. Das alles kostete Geld und so sind auf den verschiedensten Wegen Vertrauenspersonen des Hitler-Regimes in- und ausserhalb der offiziellen deutschen Vertretungen Millionen und Abermillionen zugeleitet worden, der grösste Teil in geldwertigen Valuten wie Sterling und Dollar. Als Peru, Bolivien und Chile dann ganz im Gegensatz zur Hoffnung der Wilhelmstrasse die Beziehungen zu Deutschland abbrachen, wurden das deutsche diplomatische Personal und die höchsten Parteiautoritäten unter alliierter Kontrolle nach Deutschland zurückgeschafft. Nirgends jedoch fand man bei den Deutschen mehr als das notwendigste Reisegeld. Die Riesensummen, die die Gestapo, die Organisation Canaris und andere staatliche und Parteidienststellen besaßen, waren und blieben verschwunden.

Es gibt jedoch Anzeichen, die dafür sprechen, dass gewisse Kreise wissen, wo diese Gelder geblieben sind. Die aus Deutschland in den letzten Jahren nach Südamerika zurückgehenden nationalsozialistischen Diplomaten und Parteibeamte verfügen, kaum dass sie den Boden Argentiniens oder Chiles betreten haben, über erhebliche Gelder, sogar in bar, meist in Pfund Sterling. In Argentinien ist ein grosszügig aufgemachtes Verlagsunternehmen neo-nazistischer Färbung, das "Dürerhaus", gegründet worden, das neben einer luxuriös ausgestatteten Monatsschrift in Kupfertiefdruck Memoiren aller möglichen nationalsozialistischen

Größen verlegt. Das Unternehmen muss nach jedem fachmännischen Urteil mit Defizit arbeiten, trotzdem wird es jedes Jahr erweitert. Ehemalige Angehörige deutscher Militärmissionen, denen das Reich bis Januar 1945 über Argentinien ihre Pensionen zahlte, bekamen zu ihrer Freude nach vierjähriger Pause im Jahre 1949 eine "einmalige Zuwendung", angeblich aus geretteten Fonds des Kyffhäuserbundes. Nazifirmen, die sichtlich im Kriege ruiniert wurden, sind in der Lage, sich als Sozios mit hohen Barkapitalien anzubieten.

Es besteht jedenfalls die dringende Gefahr, dass die oben erwähnten nationalsozialistischen "Rückkehrer" aufgrund ihrer früheren Amtsbefugnisse auch an diese Gelder herangehen. Darum ist es unbedingt notwendig, dass die deutsche Republik sich darum kümmert, welche Staatsgelder noch vorhanden sind und wo sie stecken. Regierung und Bundestag sollten dasselbe Interesse daran haben, diese deutschen Staatsgelder in Südamerika sicherzustellen und zu verhindern, dass sie in unrechte Hände gelangen und sogar zum Kampf gegen die demokratische Republik missbraucht werden.

Neue Wege der Jugend

Zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln

HH. Die gesamtdeutsche Jugend bis zu 24 Jahren zählt nur noch 24 Millionen gegen 33 Millionen im Jahre 1910, 36 Prozent gegen damals 51 Prozent. Der Anteil der Jugendlichen bis zu 20 Jahren, der 1910 noch fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung (43 v.H.) ausmachte, ist auf weniger als ein Drittel (30,4 v.H.) im Jahre 1950 gesunken. Der Anteil der Kinder unter sechs Jahren an der Bevölkerung beträgt jetzt nur wenig mehr als die Hälfte des Anteils von 1910. Noch stärker ist die mittlere Generation zusammengeschmolzen. Die 67-jährigen machen heute 100 Prozent der 32-jährigen aus, damals waren es nur 29 Prozent. Dazu kommt, dass die verlorenen Kriege und die wirtschaftlichen Rückschläge in erster Linie die Jugend bis auf den Grund erschüttert haben. Die Jugend von heute hat in ihren wenigen Lebensjahren bereits die Erlebnisse und die Verantwortung Erwachsener gehabt. Sie ist dadurch selbstsicher, hart und illusionslos geworden.

Wenn heute sooft über mangelndes Interesse der Jugend am öffentlichen Leben geklagt wird, so geschieht das von Menschen, die ihre eigene Jugend in einer natürlichen Entwicklung gelebt haben. Die Jugend von heute ist durchaus politisch. Ihr politisches Denken bewegt sich aber nicht in ausgefahrenen Bahnen, sie sucht nach neuen Wegen. Ein besonde-

res Merkmal der Jugend ist ein empfindliches Gefühl für Gerechtigkeit und persönliche Sauberkeit. Diese Merkmale müssen die massgebenden Stellen in Deutschland und vor allem die politischen Parteien beachten, wenn sie die Jugend für die Demokratie und für eine aktive Mitarbeit begeistern wollen.

Der Deutsche Städtetag, der auf eine jahrzehntelange fortschrittliche Arbeit zurückblicken kann, hat der Jugend und der Demokratie in Deutschland mit seiner diesjährigen Hauptversammlung, die unter dem Motto, "Die deutschen Städte und ihre Jugend" in Köln stattgefunden hat, einen grossen Dienst erwiesen. 150 Vertreter der deutschen Jugendverbände diskutierten wechselseitig mit 150 politischen und fachlichen Vertretern der Städte. Es war ein Experiment, das Oberbürgermeister Prof. Dr. Reuter als Präsident des Deutschen Städtetages in seiner Schlussansprache mit Recht als gelungen bezeichnen konnte. Der Ernst und die Sachlichkeit, mit denen die Jugend in zweitägiger Diskussion die Probleme anfasste, waren überzeugend. Jeder Tagungsteilnehmer hatte den Eindruck, dass sich in Deutschland in unserem Lebensstil und unserem Verhalten öffentlichen und politischen Problemen gegenüber doch etwas zu ändern beginnt. Diskussion allein schafft selbstverständlich nicht die Demokratie, die Demokratie wächst vielmehr, indem alle Menschen in den selbstverständlichen Stil hineinwachsen, den man als den demokratischen empfindet. Die Tagung war eine ernste geistige Auseinandersetzung, im Gegensatz zu dem Pfingsttreffen der Jugend in Berlin. Es kommt darauf an, dass die Tagung auch die nötige Nachwirkung hat; vor allem sollten Parteien und Verbände derartige Diskussionen mit der Jugend weiter pflegen.

Das Heranführen der Jugend an das aktive politische Leben - von der kommunalen Selbstverwaltung her - ist besonders wichtig. Die Arbeit in der kommunalen Selbstverwaltung ist die beste Schule für die öffentliche und politische Arbeit. Sie behandelt die uns am nächsten liegenden Verhältnisse; hier wird die von den gewählten Vertretern geleistete Arbeit genau verfolgt. Wir müssen in der Jugend die Erkenntnis festigen, dass der Weg in die höchsten Vertrauensposten seinen Anfang in der örtlichen Selbstverwaltung nehmen muss.

- - -

Beschränkte Redezeit

Ein hochangesehener deutscher Publizist hat kürzlich in einer entsprechend qualifizierten Zeitschrift gegen einen Beschluss des Ältestenrates des Bundestages Beschwerde geführt. Dies war sein Anlass: In der Europa-Rat-Diskussion am 13. Juni sei für die CDU und die SPD je eine Stunde, für die übrigen Parteien je 45 Minuten Redezeit festgesetzt worden. Dabei wird vom Kritiker grundsätzlich die Berechtigung einer Beschränkung der Redezeit anerkannt. Abgelehnt wird die Begrenzung der Redezeit für die Fraktion "anstatt für lebendige Menschen" und abgelehnt wird die Abstufung nach der Stärke der Fraktion. Diese zweite Massnahme nennt der Autor wegwerfend einen "Triumph der Zahl". So wäre denn auch meinen wir, mit dem gleichen negativen Vorzeichen jeder demokratische Mehrheitsbeschluss zu nennen.

Der Autor sagt, das deutsche Volk habe Abgeordnete gewählt und keine Fraktionen. So wird denn, groteskerweise, als ein "Akt der Missachtung des Individuums" bezeichnet, dass den Fraktionen (und nicht Personen) die Redezeit beschränkt wird. Zur unterschiedlichen Zeitzuteilung wird erklärt, "noch niemals ist jemand auf die Idee gekommen, etwa einem Menschen von 2 1/2 Zentner Lebendgewicht eine längere Redezeit zuzubilligen, als einem, der nur anderthalb Zentner mit sich schleppt". Diese beiden überwältigenden Argumente werden auf etwa 170 ziemlich breiten Druckzeilen mit beträchtlichem geistigen Aufwand und vielen politisch-philosophischen Ornamenten vertieft. Sinngemäss wird gesagt: So fördert man keine Debatte, so kommt man zum Ablesen oder bestenfalls Auf-sagen von Manuskripten.

Glaubt der Kritiker, dass man zum echten Debattieren kommt, wenn man jedem einzelnen Abgeordneten (und nicht etwa einer Fraktion) ausdrücklich gestattet, solange zu reden, wie er will? Das aber wäre das logische Gegenrezept. Natürlich glaubt er das nicht. Wer diskutieren will oder kann, lässt sich durch eine im vernünftigen Rahmen gehaltene Redebeschränkung nicht stören, wer es nicht will oder kann, bringt es auch in drei Stunden nicht fertig. Zum anderen: Die Abgeordneten haben sich nun mal in Fraktionen zusammengeschlossen - eine praktische Arbeitsform, ohne die kein Parlament, das diesen Namen verdient, auskommt. Fraktionen delegieren Minister, Ausschussmitglieder und Redner. Niemand von den parlamentarischen Praktikern auch der kleinen Parteien nimmt im Grundsatz an solcher Regelung Anstoss - höchstens an ihrer zeitlichen Variante im Einzelfall. Die kleine und kleinste Partei leidet nun einmal unter manchem Nachteil, u.a. dem, dass nicht sie den Regierungschef stellt, sondern die grosse. Deshalb will sie ja auch aus einer kleinen zu einer grossen Partei werden. Das ist so selbstverständlich wie irgend etwas.

Auch allzu grosse Klugheit kann hinderlich werden im Sinne des Wortes von den Bäumen, vor denen man den Wald nicht sieht. Sie wird es zumal dann, wenn sie in das Gefühl von der vermeintlichen Verpflichtung ausartet, zu jedem Punkt etwas unbedingt Originelles sagen zu müssen, das aber bei Gott nicht einfach sein darf.

-u